

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug anhebend monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Tarif, die 3-gespaltene Reklameweile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3250.

Nr. 247

Donnerstag, den 21. Oktober 1920

11. Jahrgang

## Polens freie Bahn.

### Gegen die Einmischung des Völkerbundes.

London, 20. Okt. „Times“ erfährt aus gutunterrichteter Quelle, daß die polnische Regierung als Antwort auf die Note Frankreichs und Englands in der Angelegenheit der Befreiung Wilnas erklärt habe, sie sei erlaunt, daß Frankreich und England der Ansicht seien, die Stadt Wilna müsse in den Besitz Litauens übergehen. Eine derartige Entscheidung würde zu neuen Konflikten und Erhebungen der polnischen Armee führen (!) Die polnische Regierung richtet deshalb einen dringenden Appell an die Alliierten, der Wiederaufrichtung Polens keine Hindernisse zu bereiten. —

Unter der „Wiederaufrichtung“ verstehen also unsere nachbarlichen Freunde die gewaltsame Aneignung aller irgendwie erreichbaren Gebiete. Wenn die Alliierten dieser Belästigung die gewünschte freie Bahn gewähren, eröffnen sich tatsächlich nette Aussichten.

### Unausführbarkeit des Versailler Diktates.

Haag, 20. Okt. Der Bochumer Vertreter des „Nieuwe Courant“ hatte eine Unterredung mit dem Bergarbeiterführer Genossen Hue, der soeben aus England zurückgekommen ist. Hue erklärte u. a., er glaube nicht, daß der Streit der englischen Bergleute eine direkte Rückwirkung auf die internationale Arbeiterbewegung und auf die Haltung der deutschen Bergleute haben werde.

Er habe bei seinem Aufenthalt in England, wo er auch an einer Konferenz des Streikkomitees der Bergarbeiter teilnahm, die Ueberzeugung gewonnen, daß in englischen Arbeiterkreisen ein positives Bestreben nach einer Regelung vorhanden sei, die der Wiederherstellung des Friedensvertrages diene und die Unausführbarkeit des Versailler Vertrages berücksichtige. —

Dieses Bestreben, das in der Öffentlichkeit bisher allerdings noch nicht stark zutage getreten ist, den Friedensvertrag wiederherzustellen, bringt damit ganz richtig zum Ausdruck, daß der Versailler Vertrag nicht als solcher bezeichnet werden kann.

### Die Verteilung der Beute.

Brüssel, 20. Okt. Wie die „Gazette“ mitteilt, erhält Belgien 15 von den deutschen Handelschiffen und zwar 10 von den deutschen Schiffen kleineren Tonnengehalts (1000 bis 1500 Tonnen) und 5 von den Schiffen mit einem Tonnengehalt von 2000 bis 4000. Die Schiffe sollen demnächst aus England eintreffen.

### Vom U. S. P.-Kriegschauplatz.

Die „Freiheit“ berichtet in ihrer Dienstag-Abendausgabe:

#### Überfall auf das Neutölnner Parteibureau.

In den Morgenstunden, etwa um 7 Uhr, als unser Neutölnner Parteibureau schon geöffnet war, um durch eine anwesende Scheuerfrau gereinigt zu werden, erschienen 40 Mann, an bekannteren Persönlichkeiten darunter Mag Sievers, um das Bureau zu besetzen. Angeblich war ihr Bestreben, das Material des Bureaus zu schützen. Ein Teil der Truppe entfernte sich nach einiger Zeit, etwa 20 Mann aber blieben als Besetzung des Bureaus und der Zugänge des Hauses zurück.

Dieses gewaltsame Eindringen in das Parteibureau geschah, obwohl auf der gestrigen in Neutölnn abgehaltenen Generalversammlung die Anregung gegeben worden war, man möge von beiden Seiten Kommissionen einsetzen, die gemeinsam die Auseinandersetzung zwischen der Mehrheit und der Minderheit herbeiführen sollen. Diese Anregung, die bei ruhigem Verhalten der Neutölnner Kommunisten wohl Aussicht gehabt hätte, die Zustimmung der Neutölnner Arbeiterschaft zu finden, und die geeignet gewesen wäre, eine schiedliche Regelung zwischen beiden Gruppen möglich zu machen. Die Kommunisten aber scheinen des Glaubens zu sein, sie könnten ihrem Prinzip, zu dem sie sich soeben bekannt haben, untreu werden, wenn sie auf die Anwendung der Gewalt verzichten würden. —

Die Sünden der Väter rächen sich. Wenn man jahrelang predigt, die Herrin Radikalen sollen sich den „Borwärts“ gewalttätig wiederholen, obwohl die Radikalen nur die Minderheit der Amerikaner Parteigenossen bilden, so muß

diese Propaganda Früchte tragen, die am eigenen Leibe bitter zu verspüren sind.

### Zur Bedeutungslosigkeit gesunken.

Berlin, 20. Okt. (W. L. B.) Der Vorstand der preussischen Landesversammlung entschied, daß die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei als a u s g e l ö s t zu betrachten sei. Ihren bisherigen Mitgliedern wurde anbeingegeben, eine Liste mit mindestens 15 Unterschriften und ein Programm einzureichen. Diese Mitglieder bilden dann eine selbständige Fraktion und dürfen sich ihren Namen selbst wählen. —

Die Fraktion der Programmlosen!

### Brüderliche Feindschaft.

In Hamburg ist eine Versammlung der Rechtsunabhängigen, auf der die U. S. P. Hamburg neugegründet werden sollte, von Linksunabhängigen gesprengt und die Fortsetzung der Versammlung unmöglich gemacht worden.

### Der englische Arbeiterkampf.

Rotterdam, 20. Okt. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Ungefähr 50 000 Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie seien erwerbslos infolge des Kohlenarbeiterstreiks. Die Schiffswerften würden es höchstens noch 14 Tage lang aushalten können. In Nordporthire steht der größte Teil der Eisen- und Stahlfabriken still.

Die Eisenbahngewerkschaften haben mit der Einschränkung des Zugverkehrs begonnen.

### Gewalttätige Besetzung der Betriebe.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weiß aus London sogar zu melden, daß auf einer Versammlung der streikenden Bergarbeiter in Wales bereits in Erwägung gezogen wäre, die Zechenbesitzer am Freitag gewalttätig von den Bergwerken zu vertreiben und den Betrieb bis zur Regelung der Konflikte selbst durchzuführen.

Ob die englischen Bergarbeiter schon im ersten Stadium ihres Niesenkampfes bereits zu derartigen letzten Mitteln greifen werden, erscheint bei ihrer bisherigen gewerkschaftlichen Taktik dennoch zweifelhaft.

Immerhin soll es schon zu Zusammenstößen zwischen streikenden Bergarbeiter und Polizei gekommen sein, doch handelte es sich mehr um jüngere, radikal veranlagte Leute.

### Berständigungsabsichten im Unterhause.

Bei der Wiedereröffnung des Unterhauses kam sogleich der Bergarbeiterstreik zur Sprache. Sir Robert Hornes betonte, daß die Regierung jederzeit bereit sei, Vorschläge wohlwollend zu erwägen, die zu einer friedlichen Lösung führen könnten. Der Arbeiterführer Brace warnte vor einer Ueberspannung, da die Kohlenarbeiter sonst die Kohlenstandsarbeiten einstellen könnten. Er deutete jedoch eine Vertragsmöglichkeit an, indem er vorschlug, die geforderte Erhöhung um zwei Shilling pro Tag bis zum 1. Januar zu bewilligen. In der Zwischenzeit könne man sich über die Londoner Fragen einigen. Den Regierungsvorschlag, den Streit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, könnten die Bergarbeiter nicht annehmen, da die Erfüllung der Forderung von einer Produktionssteigerung abhängig gemacht würde, die Arbeiter aber eine Ueberproduktion befürchteten.

Danach erwiderte der Arbeiterführer Adamsjohn, daß die bisherigen traurigen Erfahrungen der Bergarbeiter der Grund wären, eine Untersuchung der Streitfrage durch ein Tribunal abzulehnen. Adamsjohn schlug eine Konferenz der Exekutive der Kohlenarbeiter und der Grubenbesitzer unter dem Vorhabe von Lloyd George vor, die die vor Brace gemachten Vorschläge prüfen sollen. Lloyd George erklärte, er sei bereit, den Vorschlag Adamsjohns anzunehmen und eine solche Konferenz einzuberufen, vorausgesetzt, daß die Möglichkeit bestehe, zu einem Einverständnis zu kommen.

Der Bergarbeiterführer erklärt, er sei in Danzig geblieben. Jede: Wenn Lloyd George die Bergarbeiter und Bergwerksarbeiter einer Konferenz zusammenberufe, so würden ihm die Bergarbeiterführer unverzüglich alle Bürgerrechte bezüglich der von ihm verlangten erhöhten Erzeugung geben können. Die Haltung der Eisenbahn- und Transportarbeiter ist noch immer ungewiß. Thomas hat auf der heutigen Konferenz der Eisenbahndirektoren seine ganze Berieselbarkeit angewandt, um die Eisenbahner vom Gedanken eines Streikvertrags abzubringen.

## Der Terror der Bolschewiki.

Nach all den neuen Feststellungen über die grausige Herrschaft der russischen Mätherrschafft, die wahrscheinlich nunmehr mit verklärtem Eifer mit Unterstützung der linken unabhängigen Partei auch auf Deutschland übertragen werden soll, sind die Ausführungen des russischen Menschewikführers Martow auf dem auseinandergetragenen U. S. P.-Parteitag eine weitere Illustration zu den russischen Verhältnissen. Martow war 16 Jahre in Sibirien und ist ihm jetzt nach das Reden in Rußland verboten. In seiner von dem Medaileur Stein der Berliner „Freiheit“ übersehten Rede führte er u. a. an:

Der Kommunismus hat in demagogischer Weise versucht und versucht es weiterhin, die tiefe Unzufriedenheit der Völker auszunutzen, die der Militarismus unter den europäischen Völkern geschaffen hat. An der Niederlage der Arbeiter in Finnland, Ungarn und Bayern sehen wir, mit welcher katastrophalen Folgen für die Arbeitererschaft diese Taktik verbunden ist. (Mitze links.) Diese 21 Punkte erinnern an das Ultimatum Oesterreichs an Serbien, (Loben der Säure links.) Das Klassenbewußte Proletariat aller Länder war darüber so richtig, daß es den Verhandlungen des Kongresses der Dritten Internationale nicht immer die nötige Aufmerksamkeit schenkte, die sehr notwendig gewesen wäre, gerade zu einer Zeit, als die rote Armee die Polen zurückgeschlagen hatte. Damit war es den Machthabern von Moskau aber nicht genug. Sie ließen ihren Siegesmarsch fort, verschleppten vor den Augen der ganzen Welt den Frieden, um so künstlich eine Revolution in Polen hervorzurufen und eine Krebskurie in Deutschland und Oesterreich zu entfachen, um am Rhein einen Krieg gegen die Entente aufzunehmen. Das gewalttätige russische Volk wurde in dieser Lebensfrage nicht gehört. (Stürmisches Geklör!) Wenn Sinowjew gestern gesagt hat, die Kommunisten wollten Deutschland gar nicht in einen Krieg mit Frankreich hegen, so erinnere ich an das Wort Trotzki: Wir werden mit der Entente den Entscheidungskampf am Rhein führen. Es ist lächerlich, wenn die Bolschewiki behaupten, daß die Weltrevolution vor der Tür steht. In den westeuropäischen Ländern, besonders den siegreichen, sind dazu noch kaum die ersten Vorbereitungen gegeben. Die Bolschewiki tun es nur, um ihre eigene Herrschaft an der Macht zu halten und wenden dazu die zweifelhaftesten Mittel an, ohne Rücksicht darauf, wie sie auf die davon Betroffenen wirken. (Sehr richtig! rechts. — Stürmisches Protest links.) Wir sehen die russische Revolution ökonomisch krank ist, haben die Genossen gesehen, die in Rußland waren. Wie sehr sie politisch krank ist, das haben Sie gestern aus der Rede Sinowjews gesehen. Auch in der Taktik haben die Bolschewiki Wege eingeschlagen, die sogar auf dem zweiten Kongress der Dritten Internationale gerügt wurden, besonders wegen des Bündnisses mit dem reaktionären Kaiser Putsch.

Aber auch diese Kritik wurde einfach mit dem Fuß getreten. Das Verbrechen der Einschließung von 1 Million Armenien läßt sich ansehend leichter verwirklichen, als die Verbrechen eines Smilke, eines Hilferding, (Mitte links.) Falsch ist besonders, was Sinowjew über den Terror gesagt hat. Der Terror in Rußland ist zurzeit nichts anderes als ein rotes Mittel zur Einschließung andersdenkender Genossen. Unter Sinowjews Regierung wurden in Petersburg

in einer Nacht 500 Menschen erschossen.

darunter Genossen meiner Partei. Hunderte von Mitgliedern der Sozialrevolutionäre wurden erschossen, und wenn Sinowjew heute behauptet, daß es wegen Nordostsiberiens auf Lenin war, so ist das Lüge, denn der Anschlag auf Lenin war im August 1918, und der Mörder war bereits 1 Jahr vorher aus der Partei der Sozialrevolutionäre ausgeschlossen worden. (Hört! hört! rechts.) Wir sehen die Wahrheitsliebe des Vorstehenden des Parteivorstandes. Ist es nicht fürchterlich, wenn Sozialisten den Terror nicht nur gegen Konterrevolutionäre zur Anwendung bringen, sondern auch gegen friedliche Sozialisten. (Sehr richtig! rechts.) Schon die Tatsache, daß Frauen von ihren Familien getrennt werden, um als Gefangen zu dienen, legt Zeugnis ab, was wir für einen schrecklichen Terror in Rußland durchmachen müssen: Erschießungen, Verurteilungen zur Zwangsarbeit, strenge Strafen für Teilnahme an Streiks oder für korporative Forderungen, Verbot an die Arbeitervertreter bestimmter Parteien in die Sowjets zu wählen, Zwangsabschiebung an die Front wegen menschheitlicher Gesinnung, das wird als Schule des reinen Sozialismus gelehrt. (Hört! hört! rechts.) Parteigenossen, wir fordern das Proletariat Europas, daß den Terror für unmöglich zu erklären, auch für Rußland. Wir fordern, daß man das russische Proletariat von solcher Terrorpolitik befreit. In Petersburg hat sich dieser Terror nicht aufhören lassen. Zwischen dem russischen Proletariat und der besten Partei Europas hat mir den Testaments der russischen Revolution nicht zum Besten sein gebracht, als die Frage mancher deutscher Parteigenossen, wie es mir wohl ergehen würde, wenn ich nach Rußland zurückkehren würde, da ich gegen Sinowjew ausgesprochen habe. (Hört! hört! rechts.) Ich will schon heute sagen, daß für jedes Wort, das ich hier offen gesagt habe, gegen meine Parteigenossen in Rußland kein Verbrechen gegeben wird, von denen Hunderte in Gefängnis schmachtet. (Loben der Säure rechts.) Ich werde die besten Parteigenossen Europas gegen einander aufzurufen: Rußland! Gegen Rußland! Rußland! Nachdem es dem Vorstehenden nach langer Rede gelungen ist, die Ordnung wieder herzustellen, fährt der Redner fort: Gegen diese Niederträchtigkeiten haben wir immer mit aller Macht protestiert, denn die Sowjet-Revolution ist die Revolution des Proletariats, bedeutet die Befreiung der Völker. (Beifall rechts.) Ich habe von meiner Seite den Vorkriegsbestimmungen zum Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus beigetragen, und ich werde auch die Kampfesgegenstände der Revolution aufgeben. Ich lasse mich dabei auch von persönlichen Angelegenheiten

# Parteiliche Brüskierung des Volkstages.

nicht scheiden. Die Ablehnung der 21 Punkte ist nur ein nothwendiger Schritt vorwärts auf dem Wege zu einer wirklichen, die gesamten revolutionären Fraktionen umfassenden sozialistischen Internationale. Die revolutionäre Internationale aller Völker kann nicht entstehen durch blutdürstige Sozialisten, sie kann nur von den revolutionären Parteien der osteuropäischen Länder herbeigeführt werden.

Eine Rede fand keine Mehrheit bei der Arbeit des Volkstages keine politische Rede, sondern wurde in einem höchst persönlichen Ton gehalten. Die Beschlüsse sind aber sehr wichtig und verdienen die Aufmerksamkeit aller Sozialisten.

## Einmütige Verurteilung des Entente-Wahnsinns.

Dresden, 20. Okt. (M. I. P.) Die sächsische Volkstammer nahm, nachdem sich Redner aller Fraktionen dafür ausgesprochen hatten, einstimmig einen deutschnationalen Antrag an, das Gesamtministerium möge bei der Reichsregierung vorstellig werden, daß die Politik der Entente auf Unkrautbau-machung der Diebstahler jeden möglichen Widerstand leiste.

## Deutsche Verluste des Preisabbaues.

Aoburg, 20. Okt. (M. I. P.) Unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Hüthenheim vom Reichswirtschaftsministerium und unter Teilnahme von Ministerialdirektor Dr. Heinreich vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft findet hier vom 19. bis 21. Oktober eine Konferenz zur Beratung von Maßnahmen für Preisabbau statt. Es nehmen daran beauftragte Vertreter von allen Staaten Deutschlands unter Anwesenheit von Vertretern der Preiswählungskommission teil. Das Ergebnis der Beratung wird als Material für verwaltungstechnische und gesetzgebende Maßnahmen zum Zwecke des Preisabbaues dienen. — Hoffentlich kommt bei den Beratungen etwas Positives heraus. Das Material würde sich dann im Reichstag ebenfalls sehr nützlich verwenden lassen.

## Unabhängige Kandidatengarantien.

Auf dem unabhängigen Rumpfparteitag des rechten Flügel sind neue Grundlinien für die Organisation beschlossen worden. Darin wird u. a. folgendes bestimmt:

Zu Kandidaten für öffentliche Ämter, zu den Gemeinde-, Bezirks-, Kreis- und Provinzialrätsmitgliedern, Landtage und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, der mindestens drei Jahre der U. S. P. angehört. Das Gleiche gilt für die Delegationen zum Parteitag. Ausnahmen können nur mit Zustimmung der Bezirks- bzw. der Zentralleitung zugelassen werden.

Da wird nun nach der Moskauer Erklärung eine neue Reklamation in der U. S. P. stattfinden müssen. Wir begreifen nur, daß, wenn die Zentralleitung von ihrem Einverständnis zu Ausnahmen nicht besonders ausgeprägten Gebrauch macht, kaum noch die genügende Anzahl Kandidaten rekrutierbar bleiben werden.

In Danzig wird sich die U. S. P. die Ausnahme am besten gegenwärtig bewilligen. Es gibt unter ihren Abgeordneten bekanntlich sogar einige führende, die „mindestens“ seit der Revolution und „mindestens“ gerade nicht ganz ohne Kandidaturabsichten Mitglieder der U. S. P. geworden sind. Den Verhältnismäßigkeitsmaßstab für wahrhaft unabhängige revolutionäre Hunderttausendpolitiker à la Moskau dürfen sie jedoch zumwandeln erbracht haben.

## Cohäsionsforderungen der französischen Bergarbeiter.

Paris, 20. Okt. Die „Liberte“ mitteilt, verlangen die Bergarbeiter des Kohlebeckens Lohnrückzahlung. Wahrscheinlich werden sich die anderen französischen Bergarbeiter dem Verlangen anschließen.

## Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Staben.

(Fortsetzung.)

„Was zu handeln, das ist das Ende von dem schwarzen Stein nur richtig ist, lerne Hermann die Sprache der Fische selbst allein. Er hat sehr viel.“

„Das würde deine Frau für Augen machen, wenn du es ein paar Wochen so viel Geld verdienen! Du mußt sie damit überreden. Die Arbeiter hätten ohnehin nicht alles wissen.“

„Ich soll meine Frau nicht davon lassen?“ fragte Hermann ganz erregt. „Aber, das frage ich gar nicht. Ich sage ihr immer alles, sie hat mir auch nichts verschwiegen.“

„Das mag ja sein, daß du ihr alles anvertraust.“ entgegnete der Schwager. „Aber die Arbeiter sind verdammt. Sie lassen sich immer ein Gönnerstückchen geben und haben sich verheiratet. Ich muß auf die Rede. Hier hat keine kleine Dame von dem, was ich frage, und ja es ist es auch Ordnung. Also wir machen das ja, wir ich sag.“

„Aber, Herr.“ entgegnete der jüngere Bruder ganz verlegen. „das mag ich lieber nicht. Der Vater würde mich immer danach, Schulden zu machen, und ich will den Vater folgen.“

„Du mußt mich, ich will dich über der Gehirnen (Hörn)“, besetzte Herr mit. „Das ist ja ganz richtig, daß man sich von einem Schwager nicht lassen soll, aber wenn ein Bruder dem anderen das verschwiegen ist, das mag ich nicht. Eine Hand wäscht die andere, ja, ich will ich mit ein paar Taler aus und morgen geht es mir ein Stückchen. Also abgemacht, Herr.“

Hermann hatte ganz einen schwarzen Kopf, aber er dachte noch nach. Er sagte:

„Aber, Herr, wenn ich eine Sache nicht verstehen, dann laßt ich die Güter stehen. Du mußt es ja sehr gut, und ich sage dir ganz laut, aber was ich habe, weiß ich, das mag ich nicht. Ich will ich frage. Die Arbeiter sag immer, daß die ist es gut zu haben, da will ich es doch lieber beim alten lassen.“

Hermann hatte ganz einen schwarzen Kopf, aber er dachte noch nach. Er sagte:

„Aber, Herr, wenn ich eine Sache nicht verstehen, dann laßt ich die Güter stehen. Du mußt es ja sehr gut, und ich sage dir ganz laut, aber was ich habe, weiß ich, das mag ich nicht. Ich will ich frage. Die Arbeiter sag immer, daß die ist es gut zu haben, da will ich es doch lieber beim alten lassen.“

Hermann hatte ganz einen schwarzen Kopf, aber er dachte noch nach. Er sagte:

Hermann hatte ganz einen schwarzen Kopf, aber er dachte noch nach. Er sagte:

Die gestrige Sitzung der Verfassunggebenden Versammlung muß als schwarzer Tag im Parlamentarischen des Reichstages bezeichnet werden. Die Tagesordnung ließ einen ruhigen Verlauf, wenigstens für den Anfang der Sitzung, erwarten, da nur eine Reihe von Eingaben zu erledigen war. Amm hatte der Präsident die Sitzung jedoch eröffnet, da er sagte sich ein bislang in parlamentarischen Kreisen nicht wenig beachtetem Vorfall. Ohne den allgemein üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten zu folgen, hatte es der Präsident bei der vorhergehenden Besprechung im Ausschuss-Ausschuss unterlassen, von einem ihm zugewandten Schreiben der Verwaltung der hiesigen freien Stadt Danzig Kenntnis zu geben, noch hatte er mitgeteilt, daß er dieses Schreiben vor Eintritt in die Tagesordnung verlesen lassen würde. Die Überlegung der Versammlung war um so größer, als dieses Schreiben nicht nur eine Anzahl gegen unsere Parteigenossen, den Abgeordneten Landtagspräsident Müller enthält, sondern auch als unzulässige Bezeichnung der Versammlung von außen angesehen werden muß. Als sich die verlesenen Ausführungen der Justizverwaltung sofort zu verlesenen Eingaben auf den Abgeordneten Gaudier Müller verlesenen, verleserte die Liste des Hauses gemeinsam gegen die Weiterverlesung des Schreibens. Insofern verfuhr aber der Schriftführer des Präsidiums, Abgeordneter Brieskorn, die Weiterverlesung durchzusetzen und verließ sogar seinen Platz als Schriftführer, um das Schreiben dem stenographischen Bureau zu übergeben. Präsident Reinhard stand diesen Augenblick ruhig da, hinderte nicht ebenfalls geschäftsbündige Handlung des Abgeordneten Brieskorn nicht. Im Gegenteil wurde die Haltung des Präsidenten allgemein als Zustimmung zu diesem unzulässigen Schritt angesehen. Das unqualifizierte Verhalten dieses Abgeordneten erregte die Wut derart, daß schließlich der Abgeordnete Mann diesen das Schreiben entzieht. Man entfernte sich mit dem entlassenen Schriftführer sofort zu seinem Platz. Nach einer kurzen Verhärtnung wurde noch im Hause ein Sturm los, wie er bisher in der Geschichte unseres jungen Parlaments und namentlich auch der Parlaments der Weizsäcker kaum erlebt sein dürfte. In dieser Situation hat der Präsident Reinhard ein erneutes Wort der Billigkeit, von welchem er bereits die Möglichkeit einer ruhigen Verhandlung unterlassen. Er hätte den ersten Protesten der Unzufriedenen nachgeben müssen, um so wenigstens der angegriffenen Fraktion Gelegenheit zu geben, zu der Situation Stellung zu nehmen zu können. Sein weiteres Verhalten, die Nichtreformierung des Ausschusses und des angegriffenen Mitgliedes der Verfassunggebenden Versammlung Abgeordneten Müller bzw. unserer Fraktion machte den Eindruck der Parteilichkeit aufkommen lassen, den Genosse Gohl durch einen Kurat zum Ausdruck brachte.

In diesem Sturm, in dem der Präsident von Mann die Rückgabe des Schreibens verlangte, blieb ihm nun nichts anderes übrig, als die Sitzung endlich anzusetzen.

In einer gemeinsamen Sitzung der Sozialdemokraten und der Fraktionen der Unabhängigen wurde die im Bericht wiederergebene gemeinsame Erklärung der beiden sozialistischen Fraktionen beschlossen. Der alle übrigen Parteien durch den Abgeordneten Splett eine andere Erklärung entgegenstellen.

Auch der Abschluß der Sitzung brachte keine endgültige Entspannung der Erregung.

## 41. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am 20. Oktober 1920.

Präsident Reinhard eröffnete die Sitzung und teilte mit, daß die Justizverwaltung des Reichstages ein Schreiben an die Verfassunggebende Versammlung gerichtet habe. Der Schriftführer, Abg. Brieskorn (Zentrum) erhält vom Präsidenten den Auftrag dieses Schriftstück zu verlesen:

„Der Abgeordnete Müller hat in der Vollversammlung am 15. Oktober in Bezug auf das Richterwahlgewicht mehrere die Justizverwaltung betreffende Behauptungen aufgestellt, die nicht unwiderlegbar falsch sind. Er hat in Bezug auf die Anstellung von zwei Landgerichtspräsidenten und zwei Staatsanwaltschaften durch den Staatsrat die Behauptung aufgestellt, der Staatsrat sei für die Besetzung berechtigter Stellen nicht zuständig. Ich berufe mich auf das Schreiben des Herrn Oberkommissars.“

Die weitere Verlesung des Briefes wurde durch die Unruhe und Zwischenrufe der Unken verhindert. Schon vorher erregten Zwischenrufe: „Das gehört nicht zur Tagesordnung!“ Präsident Reinhard erklärt, nach Rückgabe der Geschäftsordnung können vor Eintritt in die Tagesordnung Erklärungen verlesen werden. Gen.

Kreuznach antwortet, daß es keine Erklärung, sondern eine persönliche Bemerkung. Als dem Abg. Brieskorn (Str.) die Verlesung des Briefes unzulässig wurde, trat er mit Erlaubnis des Präsidenten zu dem Stenographen um diesen den Brief zu diktiert.

Abg. Mann (U. S. P.) ruft in den Saal hinein: Wie kommt die Justizverwaltung dazu, uns einen derartigen Witz herzusetzen? Was darin steht, ist unklar. Was ein Abgeordneter spricht, ist stets die Wahrheit. (Große Heiterkeit rechts.) Abg. Mann zu dem Landtagspräsidenten: Oder reden Sie nicht die Wahrheit (Wiedererbrachte Mann.) Wir verwahren uns dagegen, daß uns in ein Brief vorgelegt wird. Das ist ja Quatsch. Er kann selbst herkommen, wenn er etwas will. Es kann nicht jede Verwaltung herkommen und uns mit Schriftstücken belästigen. Der Staatsrat kann hier erscheinen, aber nicht irgendeiner Verwaltung. Es wird hier im Saal immer der Wahrheit. (Große Heiterkeit rechts.)

Abg. Mann (U. S. P.) ging dann auf den Abg. Brieskorn zu, nahm ihm den Brief fort und jactz ihn. Ein tumultuöser Witz schickte durch das Haus. Den Herrn aberkanden deutschnationalen Zwischenrufe wie: Das ist Terror! Das sind Volkswunden! Unerbörter Terror! Sparta! usw.

Einige Abgeordnete verlangten das Wort zur Geschäftsordnung. Der Präsident schickte mir der Glocke etwas Ruhe und verlangt von dem Abg. Mann das Schriftstück zurück.

Abg. Gohl (Soz.) ruft: Der Präsident handelt hier parteilich! Als Antwort erwiderte erneute Entschuldigungsfrage der Fraktionen.

Schließlich vertagte Präsident Reinhard die Sitzung um 2.35 Uhr auf eine halbe Stunde. Die Abgeordneten verließen den Saal um im Erklärungsraum Gruppen zu bilden, die in erregter Weise die Vorgänge besprachen. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen trafen zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen.

Auch der Reichsausschuß trat zusammen. Seine Beratungen dauerten 1 1/2 Stunden und zogen sich bis gegen 4 Uhr hin.

Präsident Reinhard eröffnete dann erneut die Sitzung. Auf Antrag Mathari wird die Sitzung wieder vertagt, um den Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Da bisher nur der Reichsausschuß beraten habe.

Um 6.20 Uhr wird die Sitzung vom Präsidenten Reinhard mit folgenden Worten eröffnet: „Da das Schreiben des Mitgliedes des Staatsrates, des Landgerichtspräsidenten Rüdiger vernichtet ist, treten wir nunmehr in die Tagesordnung ein.“

## Der Bürgerklub deckt den Geschäftsordnungsbruch.

Abg. Splett gibt im Namen der bürgerlichen Parteien eine Erklärung ab, in der das Vorgehen des Abg. Mann als der Würde des Hauses nicht entsprechend auf das schärfste verurteilt wird. Sie betonen, daß die Geschäftsordnung keine Handhabe bietet, um einem solchen Verhalten entsprechend entgegenzutreten. Ebenfalls weisen sie den von dem Gen. Gohl gegen den Präsidenten erhobenen Vorwurf der Parteilichkeit als unbegründet zurück.

Diese Erklärung wird von der Rechten mit lebhaften Bravo'sien und von den Sozialdemokraten und Unabhängigen mit starkem Widerspruch aufgenommen.

## Gemeinsame Erklärung der Sozialdemokraten und Unabhängigen.

Abg. Raube (U. S. P.): Namens der beiden sozialistischen Parteien habe ich folgende Erklärung abzugeben: Der Präsident der Verfassunggebenden Versammlung hat ein ihm von der Justizverwaltung zugewandenes Schreiben (Zurufe der Deutschnationalen: Vom Staatsrat!) Abg. Raube: Nein, von der Justizverwaltung, meine Herren (Zurufe links zu den Deutschnationalen: Sie haben wohl ein schlechtes Gewissen) durch den Abg. Brieskorn in der 41. Vollversammlung vor Eintritt in die Tagesordnung verlesen lassen.

Wir sind der Ansicht, daß diese Verlesung geschäftsordnungs-widrig erfolgte und daß diese Handlungsweise auch keine Stütze in der Verordnung des Oberkommissars vom 31. Mai 1920 findet, nach der die Mitglieder des Staatsrates und die Beauftragten derselben auf ihr Verlangen jederzeit, auch außerhalb der Tagesordnung, gehört werden müssen. Der Landgerichtspräsident hätte die Pflicht gehabt, im Hause persönlich zu erscheinen und das Wort zu ergreifen; in diesem Falle hätte für die Mitglieder des Hauses die Möglichkeit bestanden, sofort zu der Erklärung Stellung zu nehmen. Dadurch, daß der Schriftführer Brieskorn mit Genehmigung des Präsidenten seinen Platz verließ und in provozierender Weise das Schriftstück dem Stenographen weiterdiktierte, ist die Geschäftsordnung, § 55, auf das gravöseste verletzt worden. In der Absicht dieser ungesetzlichen Handlung hat der Abg. Mann durch Fortnahme des Schriftstückes die Rechte des Hauses gewahrt, welche Handlungsweise wir ausdrücklich billigen.

Das Verhalten des Präsidenten anlässlich des ganzen Vorganges mußte bei beiden Fraktionen den Eindruck der Parteilichkeit zu-

„Es ist doch wahrhaftigen Gott, wie ich dich und immer sagel“ viel Ernst vorwurfsvoll aus. „Aber was dich hat auch nur für einen roten Dreier Vertrauen zu mir. Ich mag gar nicht zur Familie gehören, das alle so abförend gegen mich sind. Ihr haltet mich alle für einen Gauner.“

„Aber Ernst, wie du dich sprichst!“ sagte der jüngere Bruder vorwurfsvoll. „davon ist ja kein Wort wahr!“

„Aber es wahr!“ verteidigte der Schwager zornig. „Ich hundert Taler mehr als du mit anbringen.“

„Hundert Taler sollte haben!“ rief Hermann. Er zog seinen gewichtigen Geldbeutel hervor und nahm dann die angegebene Summe. „Aber, das ist die Papiere, die du für gut findest.“

„Aber mit jedem einer Lumperei lohnt es sich gar nicht erst anzufangen!“ rief der Schwager verächtlich an.

„Aber Ernst, ich mag dich doch anpacken.“ sagte Hermann be-herrschend. „Du hast doch alle Staatspapiere und alle harte Geld gegeben, und du hast noch eine Spatzenhülle von dem alten Taler aus meiner Wirtschaft haben. Das ist doch die harte Arbeit. In acht Wochen ist die große Gegenstände, das brauche ich viel harte Geld. Wie kann ich mich da jetzt leichtfertig in Schulden setzen? Ich mag mir Geld jetzt zusammensuchen. Das Spatzenhülle hat viel gegeben. Du soll es noch mehr lassen! Für die Arbeiter muß mich sein Geld.“

Ernst sah, daß er heute nicht mehr erreichen konnte. Er sagte sehr freundlich:

„Aber, Herr, wenn ich eine Sache nicht verstehen, dann laßt ich die Güter stehen. Du mußt es ja sehr gut, und ich sage dir ganz laut, aber was ich habe, weiß ich, das mag ich nicht. Ich will ich frage. Die Arbeiter sag immer, daß die ist es gut zu haben, da will ich es doch lieber beim alten lassen.“

Hermann hatte ganz einen schwarzen Kopf, aber er dachte noch nach. Er sagte:

Hermann hatte ganz einen schwarzen Kopf, aber er dachte noch nach. Er sagte:

Hermann hatte ganz einen schwarzen Kopf, aber er dachte noch nach. Er sagte:

Als Hermann die reine Luft um sich wehen fühlte, wurde sein Kopf leichter. Er hatte das qualende Gefühl, eine große Last zu tragen zu haben. Als er heimkehrte, konnte er kaum nicht frei in die Augen blicken. Zum ersten Male hatte er in der sechsjährigen Ehe ein Geheimnis vor seiner Frau.

Am Abend war die Gaststube in der „Goldenen Sonne“ gerammelt voll. Minna stand am Esstisch und ein vermoderter Besucher nannte sie scherzweise „Schwieger Tochter“.

„Ja, nicht!“ sagte das Rädel spöttisch. „Ich mag keinen Flammpauer (Pflaumenbauer)!“

„Aber, du kriegt wenigstens 'nen Grafen!“ spottete der schwer beleidigte reiche Bauer. „Aber, gib ich dir noch lange keinen Flammpauer ab, denn wir leben nicht von unserm Obstgarten.“

„Meine Minna kriegt einmal soviel, daß sie sich gut und gern einen Grafen damit kaufen kann,“ präbte der Gastwirt.

„Aber, nicht!“ sagte der Schwager spöttisch. „Das Vermögen müßte ja da sein, aber solche Herrschaften, die haben doch Bildung gemessen. So ein Komteßel, das spielt mit acht Jahren einen Markt, das ist nur so raucht, das parliert französisch und macht die schönsten Malereien, wohingegen sich deine Minna noch mit den Fingern die Nase putzt.“

„Ich kann meiner Minna eine Gouvernante mieten!“ sagte der Eigentümer, „morgen fahre ich in die Stadt und kaufe ein Klavier und mirte eine Gouvernante, dann lernt die Minna alles, was die Komteßen lernen.“

Am in Pflaumenhäusern zu unterrichten, brauchte man damals kein Gymnasium abzulegen. Pflaume brachte eine Schauspielerin mit beim, die an chronischer Heiserkeit litt und infolge dessen kein Engagement erhalten konnte. Sie hatte aus bitterer Not ihre Gönnerin teils verlegt, teils verheiratet und war froh, ein Unterkommen zu finden. Da sie Klavier spielte und mit Wasserfarben zu pinseln verstand, hielt der Gastwirt sie für eine Gelehrte. Das Klavier wurde im Wohnzimmer aufgestellt, zu Pflaumen Klavier, der Schwiegerin, großer Freude, und die liebe Minna wurde nun in die Geheimnisse des Klaviers eingeweiht. Sie hatte weder Gehör noch Taft, aber sie wollte Klavier spielen lernen und fühlte nach einem halben Jahre trommelte sie ganz glücklich auf dem Klavier herum.

(Fortsetzung folgt.)



